

Haushalt und Schuldenfreiheit

Die Stadtvertretung hat in ihrer letzten Sitzung einen Haushalt für das Jahr 2018 einstimmig beschlossen. Im Gegensatz zu dem Dezemberentwurf sind durch weitere Anträge der CDU zwei wesentliche Ziele mit dem Haushalt verwirklicht: Zum Einen ergibt der Verwaltungshaushalt einen Überschuss, der dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann, zum Anderen ist auch für 2019 die Schuldenfreiheit der Stadt gesichert.

Ein erfreuliches Ergebnis also, allerdings sind in der Diskussion verschiedene Behauptungen aufgetreten die zeigen, dass es an einem Verständnis dafür mangelt, was Bargteheide in den letzten Jahrzehnten wirklich ausgemacht und vorangebracht hat.

Falsch ist nämlich die Behauptung, die Stadt sei völlig unstrukturiert gewachsen und die Folgelasten dieses Wachstums würden die Stadt finanziell in die Knie zwingen. Die Fakten sprechen eine andere Sprache. Wir haben eine Topinfrastruktur mit herausragenden Schulen, bedarfsdeckender Kinderbetreuung, großartige städtische Einrichtungen wie den Jugendsportplatz, das Freibad oder das Kleine Theater. Und trotz dieser hohen Investitionen besteht noch eine hohe Rücklage. Tatsache ist, dass das Wachstum der Stadt eine wesentliche Voraussetzung auch für das qualitative Wachstum im sozialen Bereich gewesen ist. Speziell durch die Bodenbevorratung ist die Stadt in der Lage gewesen, die Schuldenfreiheit zu erreichen und diese herausragende Infrastruktur zu schaffen und zu finanzieren. Dass dieses Wachstum auch nicht ungesteuert geschehen ist zeigt sich daran, dass der Flächennutzungsplan als übergeordnetes Planungsinstrument immer wieder überarbeitet und angepasst worden ist. Dieses war Grundvoraussetzung dafür, dass auf unvorhergesehene Entwicklungen immer flexibel, schnell und effizient reagiert werden konnte. Nur so konnten die Finanzmarktkrise, die Flüchtlingskrise, aber auch Veränderungen in der Gesellschaft, wie beispielsweise der erhöhte Bedarf nach Kinderbetreuung oder auch die gewachsenen Anforderungen an die Schulen bewältigt werden. Insofern ist es nicht entscheidend gewesen, dass es ein geschriebenes Stadtentwicklungskonzept gab oder nicht gab. Entscheidend war vielmehr ein gemeinsames Leitbild, dass zwar nicht aufgeschrieben aber gelebt worden ist. Nämlich die Überzeugung mit breiten Mehrheiten und konsensorientierte Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden. Dies war und ist die Politik der CDU-Fraktion, auch zu Zeiten als sie eine eigene absolute Mehrheit besaß.

Diesen Weg gilt es fortzusetzen. Natürlich kommen immer wieder neue Herausforderungen auf die Stadt zu. Auch die Rahmenbedingungen ändern sich. So hat das Land mit dem Kommunalpakt den Kommunen Unterstützung gerade im Bereich der Kinderbetreuung, Infrastruktur und Schulen über 200 Mio. € für die nächsten Jahre zugesagt und in den Haushalt für 2018 bereits eingestellt. Richtig ist daher, sich immer die jeweilige Situation vor Augen zu führen und dann konkret zu entscheiden, welche Projekte wie durchgeführt werden können. Allgemeine Appelle, "kleinere Brötchen zu backen",

helfen hier nicht weiter. Erfolgreiche Politik lebt nicht von allgemeinen Appellen, sondern von konkreten Sachentscheidungen, die das Leben der Menschen besser machen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft engagieren.

Mathias Steinbuck

Fraktionsvorsitzender CDU